Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 26

Artikel: Bilanz der lateinamerikanischen KP 1964

Autor: Herrero, Saulo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076732

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die Emanzipation Afrikas besser voranzutreiben, soll nicht länger gezögert werden». Und die Zeitung schliesst mit dem vielsagenden Satz: «Berühmte Beispiele, besonders das von Lenin, zeigen deutlich den Weg».

Dieser Weg wird bereits von mehreren afrikanischen Staaten beschritten. Es ist nun bekannt, dass anlässlich der Konferenz der nichtverpflichteten Staaten in Kairo (Anfangs Oktober) eine parallele, höchst geheime Konferenz stattfand. Als Folge dieser Konferenz ist eine bedeutende Gruppe von Experten und Beratern der VAR von Kairo mit «unbekannter Bestimmung» abgereist. Etwa hundert höhere Offiziere aus Algerien, Mali, Guinea, Ghana und dem Sudan sind ebenfalls «in Bewegung», während wichtige Waffensendungen, welche von verschiedenen Staaten zur Verfügung gestellt wurden, gleichzeitig unterwegs sind. Vier Nachbarstaaten, Kongo-Brazzaville, Uganda, Tanzania und der Sudan haben ihre Territorien für die Ausbildung von kongolesischen Revolutionären zur Verfügung gestellt.

Für diese Staaten ist dies keineswegs eine «Einmischung». Der Grundsatz der Nichteinmischung sei, so erklären sie offen, «nur ein Vorwand um Afrika besser zu lähmen».

Interessant ist übrigens noch dies: Gbenye gilt vielerorts als Führer der sogenannten «Volksrepublik Kongo», deren Hauptsitz Stanleyville war. Die kommunistischen Staaten unterstützen ja überlaut die Rebellen und verpassen keine Gelegenheit, «Imperialismus» und «Neokolonialismus» anzuprangern. Den revolutionären Staaten ist diese kommunistische Schützenhilfe sehr willkommen. Aber keiner bringt die Ehrlichkeit auf, auch nur anzudeuten, dass ausgerechnet Gbenye von den Chinesen und von den chinesisch geprägten Kommunisten als ein Verräter übelster Sorte betrachtet und denunziert wird, ja ausgerechnet von den Chinesen, welche die wildeste propagandistische Unterstützung angedeihen lassen.

Mithin soll bemerkt werden, dass die revolutionäre Front nicht so einheitlich ist, wie sie in der Presse vielfach den Anschein gibt. Heute spricht — schlaue Taktik! — das belgische Sprachrohr der chinesischen Kommunisten auch nicht mehr von Gbenye. Er ist für sie nur ein Instrument, das im gegebenen Augenblick leicht zu beseitigen wäre.

Eine der entmutigendsten Erscheinungen der neuen Entwicklung ist also die Tatsache, dass sich zwei Fronten kristallisieren, auf deren Seiten man mit gleichen Worten eine andere Sprache spricht. Information und Beweise sind einer solchen Geistesverfassung einfach nicht mehr gewachsen. Man kann z. B. arabische Zeitschriften finden, in denen der jahrhundertealte Sklavenhandel einfach in Abrede gestellt wird.

Staaten, oder besser, Leute, die dazu übergehen, die Augen vor ihrer eigenen Geschichte zu schliessen, sind eine beunruhigende Erscheinung. Damit wird die Türe weit geöffnet für jegliche Demagogie.

Jacques Lefert

Bilanz der lateinamerikanischen KP 1964

Der lateinamerikanische Kommunismus und insbesondere seine Hauptform, der Castrismus, haben in den letzten zwei Jahren an Unwiderstehlichkeit verloren. Ihre Ausbreitung hatte in den Jahren 1959 bis 1962 geradezu hektische Ausmasse angenommen. Seither musste sie Rückschläge einstecken. Heisst das, das der kritische Punkt überwunden ist? Eine bejahende Antwort ist noch nicht möglich. Eine günstigere Evolution hat zwar eingesetzt, aber zwingend ist sie nicht. Der Kontinent bleibt umstritten.

Der Rückzug der sowjetischen Raketen aus Kuba im Herbst 1962 hatte eine doppelte psychologische Auswirkung: Einmal begriffen weite Kreise der lateinamerikanischen Bevölkerung, dass die Insel, trotz ihrer «Befreiung vom Yankee-Imperialismus» tiefer und demütigender als je in fremde Abhängigkeit geraten war, und dann entstanden Zweifel an der zuvor weit herum geglaubten Unaufhaltsamkeit des Castro-Kommunismus. Die These vom historischen Imperativ dieser Bewegung war schwer erschüttert.

Zunächst aber brachten diese Ereignisse eine Verschärfung der Lage. Die verschlechterten Aussichten einer stillen Subversion bewogen den Castrismus zum Versuch, die erreichten Positionen direkt umzumünzen, das Eisen jetzt zu schmieden, da es zu erkalten drohte. Einschüchterung sollte den Prestigeverlust aufwiegen. In der Folge häuften sich Gewalttätigkeiten und Attentate, mehrmals wurden Geheimdepots von Waffen kubanischer Provenienz entdeckt, offene Terrormethoden wurden zur Taktik des Tages. Besonders virulent wurde die Aktivität in Venezuela, wo die Demokratie auf dem Gebiet der Sozialreformen im Begriff war, eine brauchbare Alternative zum Kommunismus aufzuzeigen.

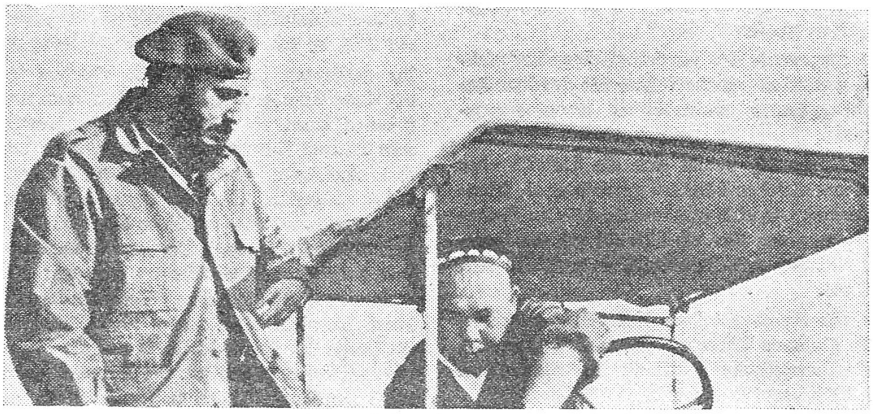
Venezuela und Chile: Demokratie bestätigt

Das Jahr 1963 brachte den Versuch zum Scheitern. Die Entscheidung fiel mit der venezolanischen Präsidentenwahl vom Dezember. Trotz einer massiven und gewaltsamen Einschüchterungskampagne ging die Bevölkerung zur Urne und bekannte sich damit zur Demokratie. Die kommunistische Boykottlosung drang nicht durch. Zwar trat das neue Staatsoberhaupt Leoni sein Amt noch unter einer weiter anhaltenden Terrorwelle an, aber sie vermochte die demokratischen Grundlagen nicht aufzuwühlen, wie das Jahr 1964 gezeigt hat. Die Attentate sind sporadisch geworden, und die konstruktiven Reformen sind angelaufen. Mit ihrer Weiterführung wächst die Chance Venezuelas, sich zu behaupten.

Ein weiteres Anzeichen für demokratische Fortschritte in diesem Jahr ist das Resultat der chilenischen Präsidentschaftswahlen. Hier hat der christlichdemokratische Senator Eduardo Frei den Volksfrontkandidaten Salvador Allende deutlich distanziert. Im Unterschied zu Venezuela zerriss in Chile der sino-sowjetische Konflikt die kommunistische Front. Die Anhänger Pekings führten eine geradezu entfesselte Kampagne gegen Allende und seine Bündnispartner, die von der moskaufreundlichen Richtung unterstützt wurden. Einige Indizien lassen übrigens darauf schliessen, dass selbst diese Unterstützung in der Praxis weniger weit ging als in der Theorie. Sollte der Kreml etwa angesichts der Möglichkeit eines zweiten kommunistischen Staates in Lateinamerika zu diesem Zeitpunkt gewisse zwiespältige Gefühle empfunden haben?

Sowohl für Chile als auch für Venezuela aufschlussreich ist die Feststellung, dass der Slogan vom «Yankee-Imperialismus» offenbar an Zugkraft verloren hat.

Für beide Länder gilt, dass sich die demokratischen Spielregeln gegen die antidemokratische Offensive durchgesetzt haben. Jetzt kommt es darauf an, dass mit ihnen die sozialen Erfordernisse erfüllt werden.



Castro besichtigt in der Sowjetunion eine Kolchose. Hat er von den Schwierigkeiten der sowjetischen Landwirtschaft gelernt oder diese kopiert?

Brasilien: Notbremse

In Brasilien erlitt der Kommunismus einen dritten Rückschlag, aber vom Triumph demokratischer Spielregeln kann man dabei nicht sprechen. Der Staatsstreich, der die Regierung Goulart im Frühling 1964 stürzte, war ein Griff nach der Notbremse. Tatsächlich hatte eine systematische kommunistische Infiltration in alle vitalen Stellen des grossen Landes eine unheimliche Beschleunigung erfahren. Auch ist den neuen Herren zuzugestehen, dass ihre Machtübernahme keineswegs einem «Pronunciamiento», einem militärischen Handstreich im alten Stil, gleichzusetzen ist. Die Militärs handelten nicht allein, und sie hatten Unterstützung in weiten Bevölkerungskreisen. Anderseits haben die reaktionären Elemente bei diesen Ereignissen zweifellos ihr eigenes Süppchen mitgekocht. Die Republik ist ihrer Sorgen nicht enthoben.

Bolivien rückwärts?

Unter andern Vorzeichen stand der Staatsstreich, dem diesen Herbst in Bolivien Präsident Victor Paz Estensoro zum Opfer fiel. Die Fehler, die mit zu seinem Sturze führten, standen in einem Missverhältnis zur Arbeit, die in den zwölf Jahren seiner Amtszeit geleistet worden war. Die Reformen seiner Regierung konnten als tatsächliche Siege von Demokratie und Fortschritt über den Kommunismus betrachtet werden, und dieser hat gerade das nie verziehen. Auch hat die extremistische Infiltration unter Studenten und Bergleuten (wo die kürzlich von Lechin gegründete «Linksnationale Revolutionspartei» ihr Schwergewicht hat) beigetragen, die verworrene Lage zu schaffen, die schliesslich zur Entsetzung von Paz Estensoro führte.

Augenblicklich scheint General Barrientos, der eigentliche Chef der aufrührerischen Bewegung, die Situation unter Kontrolle zu halten. Aber wird er nicht zu Konzessionen an die linksextremistischen Elemente, seine Gelegenheitsverbündeten, gezwungen sein? Dann würde eine Bresche geschaffen, die schwer zu stopfen wäre.

Wenn dem so wäre, hätte die KP in ihren verschiedenen Varianten trotz aller Misserfolge das Jahr 1964 in Lateinamerika doch nicht verloren. Denn in diesem Falle hätte eine positive Revolution Schiffbruch erlitten, eine Revolution der Art, auf die es in Lateinamerika gerade ankommt, da sie eine gangbare Alternative zum Kommunismus beweisen muss.

In den übrigen Ländern des Kontinents hat der Kommunismus im grossen und ganzen keine Fortschritte erzielt. Allerdings mag er in Argentinien als Erbe profitieren. Der peronistische Schiffbruch der letzten Wochen wird wohl etliches Strandgut an marxistische Gestade schwemmen. Aber dieser Gewinn aus der Bankrottmasse ist doch der Möglichkeit einer peronistisch-castristischen Koalition unbedingt vorzuziehen, die bis anhin immerhin latent vorgelegen hatte.

Eine klare Abwendung von Kuba erfolgte auf staatlicher Ebene. Mit Ausnahme von Mexiko haben die lateinamerikanischen Länder ihre diplomatischen Beziehungen zur Regierung Castro nun alle abgebrochen.

Und Kuba?

Wie aber steht es bei alledem um den Herd des Castrismus, um Kuba? Seine internen wirtschaftlichen Schwierigkeiten scheinen jedenfalls zugenommen zu haben. Der französische Sozialist René Dumont, den man kaum als Reaktionär verdächtigen wird, veröffentlichte kürzlich darüber eine Schrift («Cuba, Socialisme et Développement»), die er Algerien widmete, um dieses Land vor den kubanischen Fehlern zu warnen. Die 171 Seiten berichten von einem rasch absinkenden Lebensstandard. Der Autor stellt sieben Hauptfehler fest. Seine Empfehlungen zur Remedur der Wirtschaftslage kommen einer Kritik an wesentlichen Elementen des Castro-Systems sehr nahe.

Bemerkenswerterweise hat auch die tschechoslowakische Presse die kubanische Wirtschaft sehr kritisch beleuchtet. Professor Selucky, ein führender Wirtschaftsexperte des «revisionistischen» Parteiflügels, hat in einer Untersuchung dieses Sommers Kuba mehr oder weniger deutlich als Beispiel dafür geschildert, wie man es nicht machen soll.

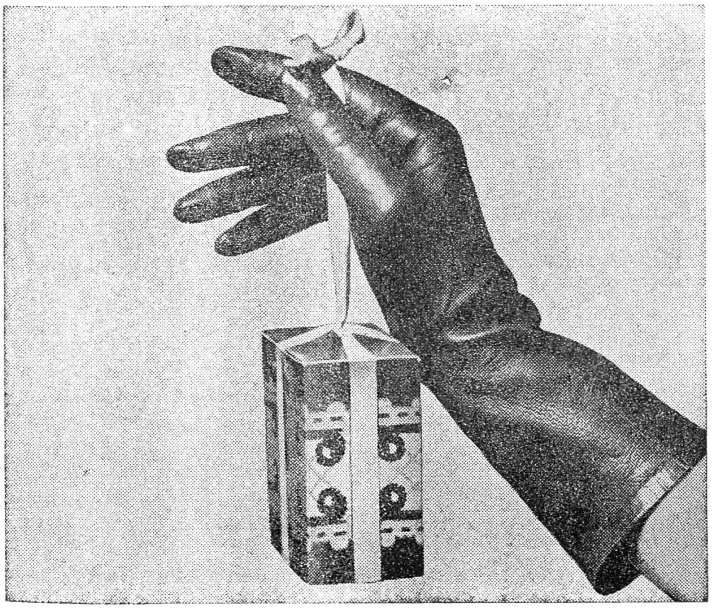
Wir können also getrost von einem internen Misserfolg des Systems auf Kuba sprechen. Nur heisst das noch lange nicht, dass es darum schon an externer Virulenz verlieren müsse. Von Kuba aus gehen die Anstrengungen zur Eroberung Lateinamerikas weiter. Es kommt auf den dortigen Nährboden an.

Saulo Herrero

Aus dem SOI

Besteigt man in Zürich oder Genf eine Düsenmaschine zu einem Flug rund um die Erde, erreicht man auf halbem Wege Australien — rund 20 000 Kilometer entfernt, eine recht beachtliche Wegstrecke. Dort, in der fernen Provinz Victoria, lebt KB-Leser A. W. Stargardt und studiert regelmässig unsere Zeitung und unsere Informationsdienste über die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Staaten des Ostblocks. Man könnte wohl fragen, ob Mr. Stargardt auf die Informationen des SOI angewiesen ist, ob er sein Informationsbedürfnis nicht aus anderen, näheren Quellen reichhaltiger und schneller speisen kann. Herr Stargardt selbst verneinte diese Frage. Denn vor einigen Tagen schrieb er uns: «... die uns Ihrerseits gesandten Informationen usw. sind für die politische und publizistische Arbeit unersetzlich: es gibt kaum eine andere Stelle in der Welt, von der wir bessere oder promptere Informationen bekommen. Dies gilt insbesondere für alles Europa betreffende Material (wobei ich die UdSSR zu Europa rechne)...»

Auf solcherlei Art vermag das SOI selbst in Australien zu wirken.



Elegante
Damenhandschuhe in Leder
ab Fr. 11.80
klassische Form, Glacéleder
Fr. 24.80

Abteilung Handschuhe
im Parterre
Rüfenacht + Heuberger
Bern Spitalgasse

R+H